FACTSHEET: HONDURAS

1. Soziale, wirtschaftliche und politische Situation

Honduras gehört zu den Ländern mit der größten **Ungleichheit und Armut** in der westlichen Hemisphäre und steht vor großen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderung, insbesondere nach der Corona-Pandemie und den Wirbelstürmen Eta und Iota im Jahr 2020. Fast die Hälfte der 10,1 Millionen Einwohner*innen lebt in extremer Armut.[1] Dies betrifft insbesondere die ländlichen Gegenden mit indigener und afrodeszendenter Bevölkerung. Die Staatsverschuldung liegt derzeit bei 60% des Bruttoinlandsprodukts.[2] Die Mordrate zählt zu der höchsten weltweit, rund 44,8 von 100.000 Einwohner*innen wurden 2019 Opfer eines Tötungsdelikts.[3] Aufgrund der vorherrschenden **Straflosigkeit**, schwacher staatlicher Institutionen und der zentralen Lage in Mittelamerika florieren Geschäfte wie der **Drogen-, Waffen- und Menschenhandel**.[4] Auch wichtige Mandatsträger*innen sind am organisierten Verbrechen beteiligt. Im April 2022 wurde **der ehemalige Präsident, Juan Orlando Hernández, an die USA ausgeliefert,** wo ihm ein Prozess wegen Drogenhandels bevorsteht.

Viele Menschen fliehen vor der Gewalt und Armut aus Honduras. 937.000 Menschen leben im Ausland und 247.000 Personen gelten als intern Vertriebene.[5] Über 20% des BIP stammen von Rücküberweisungen aus dem Ausland.[6]

Im November 2021 wurde **Xiomara Castro** von der linken LIBRE-Partei zur Präsidentin gewählt. Die Regierung steht nun vor der Herausforderung, die nach dem Putsch von 2009 ausgehebelten demokratischen Strukturen wiederherzustellen, der grassierenden Korruption und Straflosigkeit ein Ende zu setzen sowie Gewalt, Drogen- und Bandenkriminalität einzudämmen.[7]

Große Teile der honduranischen Zivilgesellschaft setzen Hoffnungen in die neue Regierung.[8] Bereits in den ersten Monaten wurden einige richtungsweisende Entscheidungen erlassen. Per Dekret verfügte die Präsidentin, dass alle bestehenden Bergbaukonzessionen überprüft und keine weiteren Lizenzen für Tagebau mehr vergeben werden sollen. In einer einstimmigen Entscheidung beschloss der Kongress das Gesetz zu Sonderzonen für Beschäftigung und ökonomische Entwicklung (*Zonas de empleo y desarrollo económico, ZEDE*) aufzuheben. Ebenfalls einstimmig wurde das Gesetz zur Geheimhaltung (*"Ley de Secretos"*) zurückgenommen. Es hatte staatlichen Institutionen Handlungen ermöglicht, ohne öffentlich Rechenschaft darüber ablegen zu müssen. Dies war ein Einfallstor für Korruption. Die Regierung verhandelt derzeit mit den Vereinten Nationen über die Einsetzung einer **Internationalen Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras (CICIH)**, die zu Transparenz und Rechtsstaatlichkeit beitragen soll. Gleichzeitig gibt es jedoch auch besorgniserregende Signale. So wurden beispielsweise, dank eines im Februar 2022 erlassenen Amnestie-Gesetzes, hohe Regierungsbeamt*innen, die unter anderem wegen Korruptionsvorwürfen verurteilt waren, freigelassen. Zudem ist bisher nicht abschließend zu beurteilen, wie viel faktischen Spielraum die Regierung tatsächlich hat, die ambitionierten Reformen tatsächlich umzusetzen.

2. Situation der Zivilgesellschaft

Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte schätzt, dass 90% der Straftaten gegen **Menschenrechtsverteidiger*innen** straflos bleiben. 2021 wurden insgesamt 332 Straftaten gegen Menschenrechtsverteidiger*innen verzeichnet und 11 ermordet.[9] Global Witness listete Honduras 2020 auf Platz zwei der gefährlichsten Länder weltweit für Umweltaktivist*innen.[10] Der seit 2015 bestehende nationale Mechanismus für Menschenrechtsverteidiger*innen ist weder mit ausreichenden personellen noch finanziellen Mitteln ausgestattet und es fehlt an politischem Willen, um effektiven Schutz für die

bedrohten Personen zu bieten.[11] Auch Journalist*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen sind bedroht. Ende Mai wurde die für Umweltdelikte zuständige Staatsanwältin, Karen Gabriela Almendares Herrera, vor ihrem Haus in Nacaome im südlichen Department Valle von zwei Unbekannten erschossen.[12]

Während der zwölfjährigen Regierung unter der Nationalpartei (*PNH*) wurde durch Verfassungs- und Gesetzesreformen die Gewaltenteilung zunehmend geschwächt und die **Artikulation der Zivilgesellschaft** immer weiter eingeschränkt. Die 2021 eingeführten **Reformen der Strafprozessordnung** ermöglichen unter anderem präventive und sofortige Zwangsräumungen ohne gerichtliche Kontrolle, was sowohl gegen die von Honduras unterzeichneten internationalen Verpflichtungen, als auch gegen die honduranische Verfassungsrechtsprechung verstößt. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte zeigt sich insbesondere besorgt über die juristische Figur der "Inbesitznahme des öffentlichen Raums", die weitreichende Einschränkungen von sozialem Protest ermöglicht und das Recht auf freie Meinungsäußerung gefährdet.[13]

Besonders besorgniserregend sind diese Reformen in Zusammenhang mit der Kriminalisierung der Verteidigung von Land, Territorium und Umwelt. Laut offiziellen Angaben wurden bis 2020 355 Bergbaukonzessionen vergeben, weitere 333 befanden sich in Prüfung.[14] Ein Großteil der vergebenen Konzessionen befinden sich auf dem Territorium von indigenen Gemeinschaften und werden ohne die in der **ILO Konvention 169** und der UNDRIP (*United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples*) festgelegte freie, vorherige und informierte Konsultation der betroffenen indigenen und afro-indigenen Bevölkerung vergeben. Angesichts dieses Panoramas stellt das Versprechen, den Bergbausektor besser zu regulieren, die Regierung vor große Herausforderungen. Gleichzeitig stehen auch andere Sektoren, wie die Wasserkraft- und Palmölindustrie, immer wieder als Treiber für Landkonflikte in der Kritik.

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestages:

- Öffentliche Statements in Schlüsselmomenten (z.B. Gerichtstermine) bei emblematischen Fällen wie die gewaltsam verschwundenen Garífuna-Aktivisten, weitere Begleitung des Falls der ermordeten Umwelt-Verteidigerin Berta Cáceres und des Betrugs um die Konzession für den Fluss Gualcarque.
- Einladung von bedrohten Richter*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen in den Bundestag.
- Gegenüber der honduranischen Regierung: Forderung und Begleitung der konsequenten Anwendung der ILO Konvention 169 zum Schutz der vertraglich zugesicherten Rechte Indigener Völker, insbesondere die Verpflichtung zur Durchführung einer freien, vorherigen und informierten Konsultation (wie in der UNDRIP vorgesehen).
- Offener Brief an den Nationalen Kongress mit der Bitte, die Vorstellung des jährlichen Menschenrechtsberichts durch die Nationale Menschenrechtskommission, CONADEH, in Kürze zu terminieren.

Herausgegeben von Mitgliedsorganisationen des Runden Tisch Zentralamerika:

HEINRICH BÖLL STIFTUNG · MISEREOR IHR HILFSWERK · medico international · adveniat für die Menschen in Lateinamerika · cir romero initiative STIMME FÜR GERECHTIGKEIT · CAREA · fdcl · Brot für die Welt · pbi · FIAN

FACTSHEET: NICARAGUA

1. Soziale, wirtschaftliche und politische Situation

Das rund 6 Millionen Einwohner*innen zählende Nicaragua kämpft mit **Ungleichheit und ist eines der ärmsten Länder Lateinamerikas**. Insbesondere Indigene, Frauen und Jugendliche machen einen erheblichen Anteil der 43% der Bevölkerung, die in Armut lebt, aus.[1] Die Corona-Pandemie hat die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen zudem zusätzlich verschärft. Darüber hinaus haben die Wirbelstürme Iota und Eta Ende 2020 schwere Zerstörungen in Nicaragua verursacht und Zehntausende obdachlos gemacht.

Seit der **gewaltsamen Niederschlagung der Massendemonstrationen 2018** mit mehr als 300 Toten und über 2.000 Verletzten befindet sich das Land in einer Abwärtsspirale politischer Gewalt. **Die staatliche Repression nimmt kontinuierlich zu** und führt zur Festnahme von zahlreichen Vertreter*innen aus Opposition, Medien und Zivilgesellschaft. Die Präsidentenfamilie um Daniel Ortega und seine Frau Rosario Murillo kontrolliert Regierung, Justiz und Verwaltung vollständig und untergräbt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell äußerte zuletzt deutliche Kritik an Nicaraguas Präsident und sprach von der Einrichtung einer der "schlimmsten Diktaturen weltweit".[2]

Vor dem Hintergrund der eskalierenden politischen Gewalt haben **zahlreiche Nicaraguaner*innen das Land verlassen**. Schätzungsweise 150.000 von ihnen leben laut jüngsten Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks im Exil im Nachbarland Costa Rica.[3] Dort leben die Geflüchteten in prekären sozioökonomischen Umständen, die sich insbesondere im Kontext der Corona-Pandemie zu einer humanitären Krise entwickelt haben.

2. Wahlen 2021

Erwartungsgemäß wurde am 7. November letzten Jahres Daniel Ortega für weitere fünf Jahre zum Präsidenten "gewählt". Laut offiziellen Angaben erhielt er dabei 75% der abgegebenen Stimmen. Laut der oppositionellen Organisation "Urnas Abiertas" betrug die Wahlbeteiligung lediglich 20%. Mit 75 der insgesamt 90 Sitze behält die sandinistische Regierungspartei (*Frente Sandinista de Liberación Nacional* - FSLN) auch im Parlament die absolute Mehrheit.

Von einer **demokratischen Abstimmung ist jedoch kaum zu sprechen**. Bereits im Dezember 2020 hatte Nicaraguas Parlament das umstrittene Souveränitätsgesetz (*Ley de Defensa de los Derechos del Pueblo a la Independencia, la Soberanía y Autodeterminación para la Paz)* auf den Weg gebracht, welches die Kandidatur von Oppositionellen bei den Wahlen de facto verhindern sollte. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte verurteilte die Verabschiedung als massiven Einschnitt in die Ausübung politischer Rechte.[4]

Massive Einschüchterungen und der systematische Ausschluss der Opposition prägten zudem den Wahlkampf. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte sprach von einer Intensivierung der Repression im Kontext der Wahlen.[5] Rund 40 Oppositionelle, Journalist*innen und Unternehmer*innen wurden im Vorfeld verhaftet, darunter auch sieben führende Oppositionspolitiker*innen und Anwärter*innen auf das Präsident*innenamt. Eine im September 2021 durchgeführte Umfrage zeigte, dass 65% der nicaraguanischen Bevölkerung für eine*n der inhaftierten Oppositionsführerin*innen gestimmt und lediglich 19% der Befragten erneut ihre Stimme für Präsident Daniel Ortega abgegeben hätten.[6] Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte verurteilte zudem Menschenrechtsverletzungen am Wahlwochenende, etwa willkürliche Verhaftungen sowie die Belästigung von regierungskritischen Individuen, und die Behinderung der Presse am Wahltag.[7] Seit den Wahlen hat sich das Vorgehen der Regierung gegen Oppositionelle weiter verschärft. Journalist*innen und Familienangehörige berichten über systematische Verletzungen der Grundrechte der 180 (politischen) Gefangenen u.a. durch Isolationshaft und mangelnde medizinische Versorgung. Im Februar 2022 starb Hugo Torres, ein ehemaliger Kampfgefährte Daniel Ortegas, an den Folgen der Haftbedingungen.

3. Situation der Zivilgesellschaft

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte äußerte wiederholt Besorgnis über die Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen, die erheblichen Aggressionen seitens staatlicher Sicherheitskräfte und willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt sind.[8]

Seit September 2020 hat die nicaraguanische Regierung zudem an der **Ausarbeitung und Umsetzung einer Reihe von Gesetzen** bzw. Verfassungsreformen gearbeitet, **die den zivilgesellschaftlichen Handlungsraum massiv bedrohen** und weiter beschneiden. Das im Oktober 2020 verabschiedete Gesetz über ausländische Agent*innen (*Ley de Regulación sobre Agentes Extranjeros*), das die Registrierung von Empfänger*innen ausländischer Mittel notwendig macht sowie das im gleichen Monat auf den Weg gebrachte Spezialgesetz zu Cyberkriminalität (*Ley Especial de Ciberdelitos)* behindern die Ausübung der Meinungs- und Pressefreiheit erheblich. Im November 2020 verabschiedete das Parlament zudem eine Änderung der nationalen Verfassung,[9] welche lebenslange Haftstrafen für Vergehen einführt, die Erschütterung, Ablehnung, Empörung oder Widerwillen in der Bevölkerung hervorrufen. Unabhängige Menschenrechtsorganisationen deuten diese Gesetze als Institutionalisierung der politischen Verfolgung von kritischen Stimmen und Menschenrechtsverteidiger*innen.

Seit Antritt von Ortegas vierter Amtszeit im Januar 2022 hat sich die Lage dramatisch verschärft. Am 2. Juni beschloss das nicaraguanische Parlament die Schließung von weiteren 96 zivilgesellschaftlichen Organisationen mit der Begründung, dass diese gegen ein Gesetz zur Finanztransparenz verstoßen hätten. Mit weiteren Schließungen im Laufe des Juni steigt die Zahl der **Organisationen, denen seit 2018 der Rechtsstatus entzogen worden ist, auf mehr als 750** (Stand 28. Juni 2022).[10] Im März wies die Regierung zudem den in Nicaragua ansässigen Vertreter des Roten Kreuzes aus nach dessen wiederholter Durchführung von Gefängnisbesuchen. Ende April kündigte die Regierung zuletzt wegen angeblicher Einmischung in innere Angelegenheiten ihren sofortigen **Rückzug aus der Organisation für Amerikanische Staaten (OAS)** an, insbesondere weil letztere die vierte Amtszeit von Ortega nicht anerkannt hatte.

Einen kleinen Lichtblick stellt die am 31. März 2022 angenommene Resolution des UN-Menschenrechtsrats dar. Darin brachte das Gremium seine Besorgnis über die sich verschlechternde Menschenrechtslage sowie den abnehmenden zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum in Nicaragua zum Ausdruck und beschloss die Einrichtung einer **Expert*innengruppe zwecks Untersuchung der seit 2018 begangenen Menschenrechtsverletzungen**. Dieser Beschluss stellt einen ersten Schritt in Richtung Gerechtigkeit, Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung für die Opfer sowie deren Hinterbliebene dar.

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestages:

- Öffentliche Verlautbarung der Besorgnis über die sich verschlechternde Menschenrechtslage in Nicaragua.
- Gegenüber der nicaraguanischen Regierung: Forderung der Freilassung aller politischer Gefangener, der Inkraftsetzung aller demokratischen Grundrechte sowie freier und fairer Neuwahlen mit internationaler Beobachtung.
- Gegenüber der nicaraguanischen Regierung: Forderung, der Resolution 49/3 des UN-Menschenrechtsrats vom 31. März 2022 nachzukommen und Einladung des im Rahmen der Expert*innengruppe ernannten Juristen Jan-Michael Simon in den Bundestag im Herbst 2023 zwecks Vorstellung des UN-Berichts zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen.
- Monitoring der Umsetzung der zuletzt am 10. Januar 2022 verschärften Sanktionsbeschlüsse der EU von den EU-Mitgliedsstaaten bzw. Deutschland (ggf. durch Kleine Anfrage).

Herausgegeben von Mitgliedsorganisationen des Runden Tisch Zentralamerika:

FACTSHEET: EL SALVADOR

1. Soziale, wirtschaftliche und politische Situation

El Salvador hat 6,3 Millionen Einwohner*innen. Von 1980 bis 1991 herrschte Bürgerkrieg mit 70.000 Toten. Das kleinste Land Mittelamerikas hat mit Ungleichheit, Korruption, Gewalt und Kooptation des Staats zu kämpfen. Sowohl die konservative ARENA-Partei wie auch die aus der Guerilla-Bewegung hervorgegangene FMLN konnten die Hoffnungen auf mehr soziale Gerechtigkeit nicht erfüllen und diskreditierten sich durch Korruption. Dies ermöglichte 2021 den Wahlsieg des Präsidenten **Nayib Bukele**, der die fragilen demokratischen Institutionen weiter schwächt. Im Februar 2020 hat er den Kongress durch das Militär besetzen lassen, um die Zustimmung zu Verteidigungsausgaben zu erzwingen. Seit dem Wahlerfolg seiner Partei, **Nuevas Ideas**, die im Februar 2021 eine Zwei-Drittel-Mehrheit erreichte, agiert er zunehmend autoritär. Am 1. Mai 2021 ließ er die **Richter der Verfassungsgerichtskammer des obersten Gerichtshofs und den Generalstaatsanwalt vorzeitig absetzen** und durch regierungsfreundliche Amtsträger*innen ersetzen. Nach Recherchen der unabhängigen Zeitung El Faro hatten die Richter*innen und der Staatsanwalt Korruptionsfälle in den Reihen der Regierung Bukele und Geheimverhandlungen mit den Maras, den Jugendbanden, untersucht.[1]

Weiterhin (Stand Ende Juni 2022) gilt in El Salvador ein am 27. März 2022 dekretierter Ausnahmezustand. Nach einer brutalen Mordserie mit 87 Todesopfern innerhalb von drei Tagen, für die die berüchtigten Gang *Mara Salvatrucha 13* (MS-13) die Verantwortung übernahm, hatte Präsident Bukele das Parlament angewiesen, für 30 Tage den Ausnahmezustand zu verhängen. Inzwischen wurde der Ausnahmezustand bereits zum dritten Mal um jeweils einen Monat, bis zum 25. Juli, verlängert. Gustavo Villatoro, Minister für Justiz und Innere Sicherheit, begründet dies damit, dass bis zum 24. April zwar bereits 16.500 Bandenmitglieder verhaftet worden seien, sich aber nach wie vor etwa 70.000 Kriminelle auf freiem Fuß befänden. Gleichzeitig hat das Parlament zusätzliche Mittel für Polizei und Militär in Höhe von 80 Millionen US-Dollar genehmigt. Der Ausnahmezustand berechtigt zur Einschränkung vier zentraler Grundrechte: des Rechts auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit; des Briefgeheimnisses und des Rechts der Unverletzlichkeit privater Kommunikation ohne vorherige richterliche Genehmigung; des Rechts, innerhalb von 72 Stunden nach Verhaftung einem Gericht vorgeführt zu werden und des Rechts, über die Gründe der Verhaftung informiert zu werden sowie einen Rechtsbeistand und einen fairen Prozess zu erhalten.

Als eine weitere Eskalation der Lage kann der von Bukele am 09.11.2021 dem Parlament vorgelegte Entwurf eines "**Agentengesetzes"** eingeordnet werden. Neben Instrumenten bürokratischer Gängelung wurde auch eine 40%ige Besteuerung aller Einnahmen aus dem Ausland der als „ausländische Agenten" eingestuften zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeführt. Ähnlich wie in Russland und in Nicaragua, würde das Gesetz, das nur nach massiven diplomatischen Protesten – vorläufig – gestoppt werden konnte, dem Gesetzgeber weitgehende Definitionshoheit darüber geben, wen er als „Agenten" einstufen möchte.[2]

El Salvador wurde im Juni 2021 das weltweit erste Land, das **Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel** – neben dem US-Dollar – anerkannt hat. Das „Bitcoin-Gesetz" trat am 7. September 2021 in Kraft. Es kam von Anfang an zu Problemen: Nutzer*innen von Bitcoin benötigen einen Internetzugang, in El Salvador verfügen darüber jedoch nur 50 Prozent der Bevölkerung. Zudem erschwerten Verzögerungen bei der Auszahlung, Fehlbuchungen und Missbrauch von Daten

erschwerten die Situation. Bislang müssen vor allem Dienstleister*innen, wie Supermärkte etc. Bitcoin annehmen. Dazu kommt, dass sich das Bitcoin-System im Gegenteil zum traditionellen Finanzsystem nur bedingt kontrollieren lässt und somit anfälliger für Korruption ist.[3] Das staatliche Transaktionssystem Chivo-Wallet regt auch zum Identitätsdiebstahl an: Vielfach wurde bereits die Ausweisnummer einer anderen Person genutzt, um sich die Bitcoin-App herunterzuladen.[4]

Das Land ist mit 24,4 Milliarden US-Dollar (Stand März 2022) hoch verschuldet und öffentliche Investitionen sowie Zahlungen aus dem Staatshaushalt an die Kommunen werden nicht mehr getätigt.[5] Es besteht eine hohe Abhängigkeit von Rücküberweisungen der Migrant*innen aus dem Ausland, die inzwischen mehr als ein Viertel des BIP ausmachen.[6] Der Versuch, der Abhängigkeit von internationalen Finanzinstitutionen durch die Einführung des Bitcoins zu entgehen und neue Investor*innen anzuziehen, ist angesichts der Krise der Kryptomärkte und der mangelnden Glaubwürdigkeit der Regierung vorerst gescheitert.

Die Beziehungen zu den USA haben sich nochmals rapide verschlechtert. Präsident Bukele nahm im Juni 2022 nicht am Gipfel der Amerikas in Los Angeles teil und nannte die OAS im Vorfeld das „Kolonialministerium der USA“. Für Juni 2022 ist mit weiteren Sanktionen seitens des US-State Departments gegen Mitglieder der Regierung Bukele zu rechnen, wegen Korruption und Komplizenschaft beim Abbau demokratischer Institutionen. Neben dem Einfrieren der Konten, beinhalten die Sanktionen auch den Entzug von Visa.

2. Situation der Zivilgesellschaft

Trotz wachsender Kritik an Bukele gibt es nach Umfragen immer noch Zustimmungsraten von über 80%. Trotz größerer Demonstrationen Ende 2021 wächst der Protest nur langsam und ist immer noch verhältnismäßig schwach. Die **protestierende Bevölkerung** spricht sich in Teilen gegen den Bitcoin, die zunehmende Militarisierung, die hohen Lebenshaltungskosten und Korruption bei den Importen im Zusammenhang mit der Pandemie aus. Die Regierung reagiert mit einer Infragestellung der Legitimität der Proteste sowie dem Einsatz von landesweiten Militär- und Polizeisperren. Bukele hat angekündigt, die Zahl der Soldaten in den nächsten Jahren verdoppeln zu wollen.

Die Arbeit **zivilgesellschaftlicher nationaler und internationaler NGOs, Stiftungen und Institutionen** ist in El Salvador nicht erst seit dem Entwurf des „Agentengesetzes“ in Gefahr, denn Bukele kündigte schon im Juni 2021 einen „Kampf gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, Think Tanks sowie Medienschaffende, die für ihn zu einem ideologischen Apparat gehören“ an.[7] Die zivilgesellschaftlichen nationalen und internationalen NGOs, Stiftungen und Institutionen werden so in ihrer Meinungsfreiheit beschnitten. In seinen jüngsten Verlautbarungen via Twitter beschuldigt Bukele gar internationale Organisationen und NGOs, gemeinsam mit der Opposition, die Umwandlung der Maras in eine Guerilla-Truppe zu fördern und finanzieren.

Pressefreiheit

Die Situation von Journalist*innen hat sich unter Bukele verschlechtert. Insbesondere auf dem Kurznachrichtendienst Twitter kritisiert er unabhängige Berichterstattung. Anfang 2022 wurde bekannt, dass mehrere Dutzend Journalist*innen, insbesondere der Online-Zeitung *El Faro*, mittels des Spionageprogramms Pegasus monatelang abgehört wurden. Laut der Asociación de

Periodistas de El Salvador (APES) gab es 2019 (Jahr des Amtsantritts von Bukele) mindestens 77 **Verletzungen des Rechts auf Pressefreiheit**, 2020 stieg die Zahl auf 125, und allein von Januar bis Juli 2021 verzeichnete APES bereits 158 **Übergriffe auf Journalist*innen**.[8] Die zeitgleich mit der Verkündung des Ausnahmezustandes verabschiedeten Strafrechtsreformen stellen grundsätzlich alle Informationen über Maras unter Strafe; Journalist*innen, die über Bandengewalt oder die Geheimverhandlungen der Regierung mit den Maras berichten, drohen bis zu 15 Jahren Haft.

Geschlechtsspezifische Gewalt

El Salvador hat mit 6,5 Femiziden pro 100.000 Frauen eine der **höchsten Femizidraten weltweit**. 67 von 100 Frauen haben in irgendeiner Form geschlechtsspezifische Gewalt erlebt, nur sechs von ihnen erstatten Anzeige. Diese niedrige Zahl resultiert aus der Angst vor Repressalien, der Furcht vor Stigmatisierung, Reviktimisierung sowie einem mangelnden Vertrauen ins Justizsystem.[9] Fehl- und Totgeburten werden als Abtreibung und Kindsmord und somit als Verstoß gegen Artikel 133 des Strafgesetzbuches interpretiert. Der Interamerikanische Gerichtshof hat im November 2021 den Staat El Salvador im Todesfall von Manuela (Pseudonym zum Schutz des Opfers) für schuldig erklärt. Nachdem Manuela eine Fehlgeburt erlitten hatte, wurde sie 2008 zu 30 Jahren Haft durch den Staat El Salvador verurteilt. Bukele lehnt jede Verfassungsänderung zum Thema Abtreibung sowie zur gleichgeschlechtlichen Ehe strikt ab.[10]

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestages:

- Öffentliche Verlautbarung der Besorgnis über die Verlängerung des Ausnahmezustands, die sich verschlechternde Lage der Rechtsstaatlichkeit sowie Aufklärung der begangenen Menschenrechtsverletzungen.
- Gemeinsame Veranstaltungen der deutschen Botschaft und deutscher Institutionen vor Ort mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, um deren Bedeutung für die Demokratie zu unterstreichen und weiteren Kriminalisierungen vorzubeugen.
- Gegenüber der Regierung von El Salvador: Infragestellung sämtlicher finanzieller Kooperationen, falls das “Agentengesetz” wieder neu verhandelt wird.
- Öffentliche Verlautbarungen zur Unterstützung des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit und Ausdruck der Besorgnis über die zunehmende Kriminalisierung von Journalist*innen, insbesondere gegen die Gesetze, welche die Berichterstattung über Maras kriminalisieren, sowie gegen den Einsatz des Spionageprogramms Pegasus.
- Maßnahmen gegen die Personen, die auf der Liste Engel und Magnitsky aufgelistet sind: etwa auch, die Verweigerung von Visa.

Herausgegeben von Mitgliedsorganisationen des Runden Tisch Zentralamerika:

HEINRICH BÖLL STIFTUNG · MISEREOR IHR HILFSWERK · medico internatio · adveniat für die Menschen in Lateinamerika · cir romero initiative STIMME FÜR GERECHTIGKEIT · CAREA · fdcl Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. · Brot für die Welt

FACTSHEET: GUATEMALA

1. Soziale, wirtschaftliche und politische Situation

Mit fast 17 Millionen Einwohner*innen ist Guatemala das bevölkerungsreichste und gleichzeitig **eines des ungleichsten Länder Zentralamerikas** (Gini-Koeffizient von 48.3).[1] Im Zuge der COVID-Pandemie hat das Ausmaß der Ungleichheit und Armut erheblich zugenommen. Fast 70% der guatemaltekischen Bevölkerung lebt in Armut, davon etwa 30% in extremer Armut.[2] Die Hälfte ist unterernährt. Besonders betroffen sind Indigene, kleinbäuerliche Familien und Kinder. Laut UNICEF ist die Hälfte der Kinder im Land chronisch unterernährt.[3] Diese Ungleichheit hat einen historischen Ursprung, der aus den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Region resultiert und bis heute fortbesteht.

Mit der Unterzeichnung der Friedensverträge im Jahr 1996 beendete Guatemala einen 36 Jahre andauernden Bürgerkrieg – in dem Genozid an der indigenen Bevölkerung, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurden[4] – und erklärte die Absicht, die Straflosigkeit zu bekämpfen und illegale, geheim operierende Sicherheitskräfte auflösen zu wollen. Doch erst mit der Einrichtung der **Internationalen Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala (CICIG, eine Körperschaft der Vereinten Nationen)** 2007, wurde die Untersuchung von kriminellen, mit dem Staatsapparat verflochtenen Strukturen angestoßen. Im April 2015 deckten CICIG und die Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit FECI ein System aus unlauterer Einflussnahme, Schmiergeldzahlungen und unrechtmäßiger Bereicherung auf, an dem auch der damalige Präsident Otto Pérez Molina und seine Vize-Präsidentin Roxana Baldetti beteiligt waren. Die entwendete Summe steht in völligem Widerspruch zur Armut und Arbeitslosigkeit der Bevölkerungsmehrheit sowie zur prekären öffentlichen Infrastruktur, wie Krankenhäusern, Schulen oder Straßen.

Der CICIG gelang es bis zur Ausweisung aus dem Land im Jahr 2019 rund 120 Fälle vor Gericht zu bringen, in die Politiker*innen sowie Mitglieder der wirtschaftlichen und militärischen Elite und des organisierten Verbrechens verwickelt waren.[5] Anfangs wurde der Kampf gegen die Straflosigkeit fast einhellig unterstützt, auch von den Wirtschaftskammern. Dies änderte sich, als Namen von potentiellen Angeklagten durchsickerten. Ein einflussreiches Bündnis aus ehemaligen Militäroffizieren, Intellektuellen der traditionellen Eliten, korrupten Politiker*innen, Regierungsbeamt*innen und Mitgliedern der Strukturen des organisierten Verbrechens forderte darauf Straffreiheit für Beteiligte. Diesem **„Pakt der Korrupten“,** wie dieses Bündnis im Volksmund genannt wird, gelang es, die Arbeit der CICIG zu beenden, die Kontrolle über das Parlament, die obersten Gerichte und die Aufsichtsinstitutionen wiederzuerlangen und eine Mehrheit von Abgeordneten zu gewinnen, die der regressiven Agenda der Regierung von Präsident Giammattei und einer Gruppe radikaler und mächtiger Geschäftsleute zustimmen.

Der Rechtsstaatsabbau und die institutionelle Kooptation setzten sich unter der derzeitigen Regierung von Alejandro Giammattei fort. Giammattei wird beschuldigt, von russischen Geschäftsleuten eine Bestechung in Millionenhöhe für die Konzession eines Hafens sowie 2,6 Millionen US-Dollar für seinen Wahlkampf angenommen zu haben.[6] Obwohl die USA Generalstaatsanwältin Consuelo Porras sanktionierte und in die sog. Liste Engel, die Liste korrupter Akteure aufnahm, wurde sie am 16. Mai 2022 für vier Jahre wiedergewählt. Es ist zu befürchten, dass auch die 2022 anstehenden Wahlen zur Ombudsperson für Menschenrechte und zum Obersten Rechnungshof

so manipuliert werden, dass nur Kandidat*innen eine Chance haben, die Eliteninteressen nicht antasten. Dies dürfte auch negative Rückwirkungen auf die Fairness und Freiheit der für 2023 anstehenden Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen haben.[7]

Jüngste Beispiele dafür sind die Kriminalisierung der Richterin Erika Aifán und des Leiters der Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit Juan Francisco Sandoval, dem auch Erfolge im Kampf gegen die Korruption mit zu verdanken sind. Beide befinden sich im Exil. Auch die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte und der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit von Richter*innen und Anwält*innen sind besorgt über **die Verletzung der Unabhängigkeit der Justiz**. Das Europäische Parlament hat am 7. April 2022 eine Resolution veröffentlicht, in der es seine Besorgnis über die Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit in Guatemala zum Ausdruck bringt und die Kriminalisierung, Verfolgung und Diskreditierungskampagnen anprangert, denen einige Justizmitarbeiter*innen ausgesetzt sind.[8]

2. Menschenrechtssituation und Situation der Zivilgesellschaft

Gerade einmal sechs Monate nach Amtsantritt kündigte Präsident Alejandro Giammattei Mitte 2020 die Schließung von Institutionen zur Friedensförderung, etwa des Sekretariats für Frieden (*Secretaría de la Paz - SEPAZ*), des Sekretariats für landwirtschaftliche Angelegenheiten (*Secretaría de Asuntos Agrarios - SAA*) und der Präsidialkommission zur Koordinierung der Exekutivpolitik im Bereich der Menschenrechte (*Comisión Presidencial por los Derechos Humanos - COPREDEH*) an. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen äußerten Besorgnis über diese institutionellen Änderungen und potentiellen Rückschritte im Hinblick auf die Umsetzung der Menschenrechte im Land.[9]

Weitere Rückschritte im Hinblick auf die Menschenrechtssituation zeigen sich durch die schrittweise **Schließung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums** (*shrinking spaces*) und einer **Repressionsstrategie** gegen Menschen, soziale Organisationen und Gemeinschaften, die ihre Rechte verteidigen. Den Beobachtungen der NGO CIVICUS zufolge werden die zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräume in Guatemala zunehmend durch staatliche Praktiken eingeschränkt.[10] Darunter fallen neue Gesetze oder Gesetzesänderungen, die Nichtregierungsorganisationen kontrollieren. Das sogenannte NRO-Gesetz, offiziell Dekret 4-2020, stellt eine Gefahr für diejenigen Organisationen dar, die von der Regierung den Schutz der Menschenrechte einfordern.[11] Menschenrechtsverteidiger*innen und -organisationen sowie Richter*innen und Journalist*innen sind **Diffamierung, Stigmatisierung und Kriminalisierung ausgesetzt**, die ihre Anliegen delegitimieren sollen. Allein im Jahr 2020 wurden 15 Menschenrechtsverteidiger*innen ermordet und 313 kriminalisiert.[12] Besonders gefährlich ist die Situation für diejenigen die Land-, Umwelt-, und Indigenenrechte verteidigen. Im Juni 2022 wurde die ehemalige guatemaltekische Generalstaatsanwältin, Claudia Paz y Paz, wegen angeblichem Autoritätsmissbrauch angeklagt, da sie einer Gruppe Militärs Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des internen Konflikts nachwies.

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Mitgliedern des Bundestages:

- Öffentliche Unterstützung für soziale Bewegungen, indigene und kleinbäuerliche Organisationen und Gemeinden, die ihre Territorien verteidigen sowie öffentliche Verlautbarungen von Besorgnis über die zunehmende Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen.

- Öffentliche Unterstützung für Justizmitarbeiter*innen, Richter*innen und Staatsanwält*innen, insbesondere diejenigen, die sich gegen Korruption und Straflosigkeit engagieren, damit sie ihre Arbeit in unabhängiger Weise ausführen können.

- Gegenüber der guatemaltekischen Regierung: Forderung der konsequenten Anwendung der ILO Konvention 169, zum Schutz der vertraglich zugesicherten Rechte Indigener Völker, insbesondere die Verpflichtung zur Durchführung einer freien, vorherigen und informierten Konsultation (wie er in der UNDRIP zum Ausdruck kommt).

- Gegenüber der guatemaltekischen Regierung: Forderung, die gerichtlichen Anhörungen kriminalisierter Menschenrechtsverteidiger*innen in den Fällen der *Comunidades de Retahuleu* und des *Comité Campesino del Altiplano* aktiv zu verfolgen und Verlautbarungen zur Notwendigkeit eines fairen Verfahrens.

- Gegenüber der guatemaltekische Regierung: Unterstützung in der Vergangenheitsbewältigung und Wahrheitsfindung, insbesondere in der weiteren Aufarbeitung des Genozids an der Maya-Bevölkerung.

Herausgegeben von Mitgliedsorganisationen des Runden Tisch Zentralamerika:

HONDURAS

1 The World Bank (2022): “The World Bank In Honduras”: https://www.worldbank.org/en/country/honduras/overview#1

2 Peace Brigades International (2022): “Deconstruir para construir. La situación de derechos humanos en Honduras”, pbi: https://pbideutschland.de/sites/pbideutschland.de/files/Deconstruir_para_construir_Situacion_derechos_humanos_2022.pdf

3 Diese Zahlen sind für ein Land mit 10,1 Millionen Einwohner*innen immer noch sehr hoch, haben sich aber in den letzten Jahren verbessert. Die Mordrate im Jahr 2012 lag bei 85,5 pro 100.000 Einwohner*innen.

4 Leifker, Maren (2018): “Honduras: Alltägliche Gewalt”, Brot für die Welt: https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/2018/honduras/

5 Andrea Maldonado (2021): Honduras rompe récord de migración irregular en 2021: https://eleutera.org/honduras-rompe-record-de-migracion-irregular-en-2021/

6 Carlos Mauricio Ferolla (2022): Die Migrationsfrage in Mesoamerika: Von der strukturellen Krise bis zur Einmischung der USA: https://amerika21.de/analyse/258043/die-migrationsfrage-mesoamerika

7 Pérez Navarrete, Marco; Wehr, Ingrid (2022): “Historisches Wahlsieg in Honduras”, Heinrich-Böll-Stiftung: https://www.boell.de/de/2021/12/09/historischer-wahlsieg-honduras-die-progressive-kandidatin-xiomara-castro

8 Reischke; Martin (2022): “Una fisura del patriarcado político en Honduras”, Deutsche Welle: https://www.dw.com/es/una-fisura-del-patriarcado-pol%C3%ADtico-en-honduras/a-62068251

9 EFE (2021): “Once defensores de DDHH fueron asesinados en Honduras en 2021, según informe”, swissinfo.ch: https://www.swissinfo.ch/spa/honduras-dd-hh-_once-defensores-de-ddhh-fueron-asesinados-en-honduras-en-2021--seg%C3%BAn-informe/47474786

10 Global Witness (2021): “Last line of defence”, Global Witness: https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/last-line-defence/

11 Peace Brigades International (2022): “Deconstruir para construir. La situación de derechos humanos en Honduras”, pbi: https://pbideutschland.de/sites/pbideutschland.de/files/Deconstruir_para_construir_Situacion_derechos_humanos_2022.pdf

12 Daniela Dreißig (2022): Gewalt in Honduras nimmt zu, "um das Vakuum an der Spitze der kriminellen Struktur zu füllen": https://amerika21.de/2022/06/258356/honduras-staatsanwaeltin-gewalt

13 Oficina de Prensa de la CIDH (2021): “CIDH expresa preocupación ante la entrada en vigor de las reformas legislativas que tendrían un impacto regresivo en el ejercicio del derecho a la protesta en Honduras”, Organización de Estados Americanos (OEA): http://www.oas.org/es/CIDH/jsForm/?File=/es/cidh/prensa/comunicados/2021/304.as

14 Instituto Hondureño de Geología y Minas (INHGEOMIN) (2021): “Portafolio de proyectos con potencial minero. Honduras: Una oportunidad de inversión en minería”, Gobierno de la República de Honduras: https://inhgeomin.gob.hn/wp-content/uploads/2021/10/Portafolio-de-Proyectos-Mineros-Honduras-2020.pdf

NICARAGUA

1 Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) (2021): “Nicaragua: Die GIZ vor Ort”: https://www.giz.de/de/weltweit/396.html

2 Deutsche Welle (2021): “Borrell: Nicaraguas Präsident hat Diktatur aufgebaut”: https://www.dw.com/de/borrell-nicaraguas-pr%C3%A4sident-hat-diktatur-aufgebaut/a-59543204

3 United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) (2022): “Number of Displaced Nicaraguans in Costa Rica doubles in less than a year”: https://www.unhcr.org/news/briefing/2022/3/623d894c4/number-displaced-nicaraguans-costa-rica-doubles-year.html

4 Organization of American States (2021), “IACHR Rejects Passing of Law Restricting Political Rights in Nicaragua”: https://www.oas.org/en/iachr/jsForm/?File=/en/iachr/media_center/preleases/2021/003.asp

5 Organization of American States (2021): “Nicaragua: Concentration of Power and the undermining of the Rule of Law”: https://www.oas.org/en/iachr/reports/pdfs/2021_Nicaragua-EN.pdf

6 Redacción Confidencial (2021): “CID-Gallup: Candidato opositor barrería a Ortega el 7 de noviembre: 65% vs. 19%”: https://www.confidencial.com.ni/politica/cid-gallup-candidato-opositor-barreria-a-ortega-el-7-de-noviembre-65-vs-19/

7 Organization of American States (2021): “IACHR Condemns Human Rights Violations Reported During Elections in Nicaragua”: http://www.oas.org/fr/CIDH/jsForm/?File=/en/iachr/media_center/PReleases/2021/300.asp

8 United Nations High Commissioner for Human Rights (2021): “Oral Update on the human rights situation in Nicaragua”: https://www.ohchr.org/en/2021/09/oral-update-human-rights-situation-nicaragua; United Nations High Commissioner for Human (2022): “Oral Update on the human rights situation In Nicaragua”: https://www.ohchr.org/en/statements/2022/06/oral-update-situation-human-rights-nicaragua

9 Prensa Asamblea Nacional (2020): “Aprueban en primera legislatura reforma al artículo 37 de la Constitución Política”: https://noticias.asamblea.gob.ni/aprueban-en-primera-legislatura-reforma-al-articulo-37-de-la-constitucion-politica/

10 Divergentes (2022): “Ortega expulsa de Nicaragua a la congregación religiosa fundada por Santa Teresa de Calcuta”: https://www.divergentes.com/ortega-expulsa-de-nicaragua-a-la-congregacion-religiosa-fundada-por-santa-teresa-de-calcuta/

EL SALVADOR

1 Navarrete Pérez, Marco (2021): “Wahlen in El Salvador 2021: eine wahlpolitische Revolution”, Heinrich-Böll-Stiftung: https://www.boell.de/de/2021/03/10/wahlen-el-salvador-2021-eine-wahlpolitische-revolution

2 Wehr, Ingrid (2022): “Ausnahmezustand in El Salvador”, Heinrich-Böll-Stiftung: https://www.boell.de/de/2022/05/09/ausnahmezustand-el-salvador

3 González, Julia (2021): “El Salvador: Der Kampf um Währungssouveränität oder virtuelles Casino?”, Heinrich-Böll-Stiftung: https://www.boell.de/de/2021/11/24/el-salvador-der-kampf-um-waehrungssouveraenitaet-oder-virtuelles-casino

4 Ling, Martin; Belloso Salazar; Yolanda Anabel (2021): “Es geht um weit mehr als Bitcoin”, amerika21, Lateinamerika Nachrichten (569/570): https://amerika21.de/analyse/255875/el-salvador-geht-um-mehr-als-bitcoin

5 Trucchi, Giorgio (2021): “El Salvador: Von Krypotwährung und Aushöhlung der Demokratie”, amerika21: https://amerika21.de/analyse/254636/el-salvador-krypotwaehrung-demokratie

6 Wehr, Ingrid (2022): “Ausnahmezustand in El Salvador”, Heinrich-Böll-Stiftung: https://www.boell.de/de/2022/05/09/ausnahmezustand-el-salvador

7 Labrador, Gabriel (2021): “Nayib Bukele anuncia nueva "batalla" contra medios y oenegés”, El Faro. https://elfaro.net/es/202106/el_salvador/25519/Nayib-Bukele-anuncia-nueva-batalla-contra-medios-y-oeneg%C3%A9s.htm

8 Pacheco, Melissa (2021): “Graves retrocesos en libertad de prensa en Latinoamérica”, La Prensa Gráfica: https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Graves-retrocesos-en-libertad-de-prensa-en-Latinoamerica-20210719-0097.html

9 Aguirre, Laura (2021): „El Salvador: Fehlende Berichterstattung verharmlost Gewalt gegen Frauen“, Heinrich-Böll-Stiftung: https://www.boell.de/de/2020/12/01/el-salvador-fehlende-berichterstattung-verharmlost-gewalt-gegen-frauen

10 Amnesty International, El Salvador Koordinationsgruppe (2021): „Abtreibungsverbot führt zum Tod Hunderter Frauen und Mädchen“: https://www.ai-el-salvador.de/abtreibungsverbot.html

GUATEMALA

1 Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL) (2019): “Panorama Social de América Latina”, Repositorio Digital CEPAL: https://repositorio.cepal.org/bitstream/handle/11362/44969/5/S1901133_es.pdf

2 United Nations High Commissioner for Human Rights (2022): “Situation of human rights in Guatemala”, UNHR: https://reliefweb.int/report/guatemala/situation-human-rights-guatemala-report-united-nations-high-commissioner-human-1

3 UNICEF (2021): "En Guatemala el 49,8% de los niños sufre desnutrición crónica’, María Claudia Santizo, Oficial de Nutrición en UNICEF Guatemala” https://www.unicef.es/noticia/en-guatemala-el-498-de-los-ninos-sufre-desnutricion-cronica-maria-claudia-santizo-oficia

4 Dem Abschlussbericht der UN-Wahrheitskommission zufolge, wurde ca. eine Million Menschen vertrieben, 20.000ermordet und 50.000 Opfer von gewaltsamen Verschwindenlassen.

5 Comisión Internacional contra la Impunidad en Guatemala: “XXII Informe anual de labores CICIG. ¡Juntos lo hicimos!”: https://www.cicig.org/wp-content/uploads/2017/10/XII_Informe_Anual_CICIG.pdf

6 Sanz, José Luis (2022): “Testigo acusa a Giammattei de financiar su campaña con sobornos de constructoras”, El Faro: https://www.elfaro.net/es/202202/centroamerica/25996/%E2%80%8B%E2%80%8BTestigo-acusa-a-Giammattei-de-financiar-su-campa%C3%B1a-con-sobornos-de-constructoras.htm

7 Aikman Cifuentes, Julia; Méndez Dardón, Ana María (2022): “Guatemala’s Attorney General Elections: Judicial Independence and Democracy at a Crossroads”, Washington Office on Latin America (WOLA): https://www.wola.org/analysis/guatemala-attorney-general-elections-judicial-independence-democracy-crossroads/

8 FIAN Deutschland (2022): “Guatemala: Europäisches Parlament verurteilt Angriffe auf Justiz, Zivilgesellschaft und Journalist*innen”: https://www.fian.de/aktuelles/guatemala-europaeisches-parlament-verurteilt-angriffe-auf-justiz-zivilgesellschaft-und-journalistinnen/

9 Brigadas Internacionales de Paz Proyecto Guatemala (2021): “ Boletín No. 45: El cierre de las instituciones de la Paz”: https://www.pressreader.com/guatemala/prensa-libre/20210429/281676847766016

10 CIVICUS (2021): “2021 Informe sobre el estado de la sociedad civil - 10 años”: https://civicus.org/state-of-civil-society-report-2021/es/

11 EU-LAT Advocacy Network: “Briefing on the request for an EP Urgency Resolution on the rule of law in Guatemala”, FIAN Deutschland: https://www.fian.de/wp-content/uploads/2022/04/220211-briefing-Guatemala-eng.pdf

12 Unidad de Protección a defensoras y defensores de Derechos Humanos de Guatemala (UDEFEGUA) (2019): “Resumen del informe de situación de personas defensoras de derechos humanos, Guatemala 2019”: https://udefegua.org/informes/resumen-del-informe-de-situaci%C3%B3n-de-personas-defensoras-de-derechos-humanos-guatemala-2019